

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 06.07.2016, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt
Vorlage: 550/2016
3. Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage "Turmstraße, von der Einmündung Johann-Plum-Platz bis zur Einmündung der Sittarder Straße"
Vorlage: 556/2016
4. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Fliegerhorstsiedlung Teveren
Vorlage: 559/2016
5. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche im Stadtkern, nordwestlich der Herzog-Wilhelm-Straße und südlich der Straße Am Sonnenhügel (Ehemaliges Molkereigelände)
- Beratung über die während der Offenlage nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 iVm § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 Alt.1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
- Verabschiedung des Bebauungsplanes als Satzung nach § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 574/2016
6. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 der Stadt Geilenkirchen (ehemaliges Molkereigelände) - Vorstellung und Beratung der Erschließungsplanung
Vorlage: 578/2016
7. Ergebnis der Einwohnerversammlung zum Ausbau der Straße "Am Mühlenhof" in Beeck mit Planverabschiedung
Vorlage: 583/2016
8. Antrag auf Aufstellung einer Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB in Geilenkirchen-Bauchem, Nierstraßer Weg
- Beratung über die Einleitung des Bauleitplanverfahrens (Aufstellungsbeschluss)
- Beschluss über den Abschluss einer Planungsvereinbarung
Vorlage: 540/2016
9. Maßnahme zur Schülerbeförderung für die Stadtteile Nirm, Kraudorf und Hoven
Vorlage: 584/2016
10. Antrag der Fraktion SPD-Linke zur Nachbenennung allgemeiner stellvertretender sachkundiger Bürger

Vorlage: 575/2016

- 11 . Antrag der Fraktion SPD-Linke zur Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 577/2016
- 12 . Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Benennung eines sachkundigen Bürgers für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 586/2016
- 12.1 . Antrag der Fraktion "Geilenkirchen bewegen!" und FDP zur Benennung eines sachkundigen Bürgers für den Ausschuss Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung
Vorlage: 598/2016
- 13 . Anfrage der Fraktion "Für GK!" - Sachstandsbericht zur Lage der in Geilenkirchen lebenden Flüchtlinge
Vorlage: 588/2016
- 14 . Antrag der CDU-Fraktion - Finanzierungsvorschlag Bürgerhaus Bauchem
Vorlage: 585/2016
- 15 . Bekanntgabe einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: 581/2016
- 16 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 17 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Maja Bintakys-Heinrichs
5. Karl-Peter Conrads
6. Dr. Stefan Evertz
7. Helmut Gerads
8. Johann Graf
9. Christoph Grundmann
10. Theresia Hensen
11. Horst-Eberhard Hoffmann
12. Karin Hoffmann
13. Rainer Jansen
14. Gabriele Kals-Deußen
15. Michael Kappes
16. Thomas Klein
17. Wilfried Kleinen

18. Heinz Kohnen
19. Christian Kravanja
20. Leonhard Kuhn
21. Stefan Mesaros
22. Manfred Mingers anwesend bis TOP 14
23. Willi Münchs anwesend bis TOP 16
24. Uwe Neudeck
25. Hans-Josef Paulus
26. Manfred Schumacher
27. Barbara Slupik
28. Lars Speuser
29. Raimund Tartler
30. Ernst Michael Thielemann
31. Harald Volles
32. Kirsten vom Scheidt
33. Max Weiler
34. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

35. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
36. Daniel Goertz
37. Peter Klee
38. Technischer Beigeordneter Markus Mönter

Protokollführer

39. Sandra Schuhmachers

Es fehlten:

40. Hans-Jürgen Benden
41. Karola Brandt
42. Jennifer Diederichs
43. Nils Kasper
44. Michael van Dillen

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Es gab keine Mitteilungen.

**TOP 2 Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt
Vorlage: 550/2016**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Geilenkirchen beteiligt sich an den Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung in der Wintersaison 2016/2017 mit einem Betrag in Höhe von 2.045,00 Euro. Der Betrag wird nach Vorlage der Kostenrechnung ausgezahlt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

- TOP 3** Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage "Turmstraße, von der Einmündung Johann-Plum-Platz bis zur Einmündung der Sittarder Straße"
Vorlage: 556/2016

Beschlussvorschlag:

Zum Ersatz des Aufwandes für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage „Turmstraße, beginnend an der Einmündung des Johann-Plum-Platzes bis zur Einmündung der Sittarder Straße“ im Stadtteil Bauchem werden gemäß § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG NW) in Verbindung mit der Satzung der Stadt über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NW für straßenbauliche Maßnahmen Beiträge erhoben. Der Anteil der Beitragspflichtigen richtet sich nach § 3 Abs. 3 Nr. 2 der Satzung.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

- TOP 4** Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Fliegerhorstsiedlung Teveren
Vorlage: 559/2016

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Verwaltung ein Signal der Ratsvertreter bezüglich der einzuschlagenden Richtung benötige.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter legte dar, dass der Inhalt umfangreich vorgestellt und im Ausschuss beraten worden sei. Die Verwaltung schlage vor, nun eine Einwohnerversammlung durchzuführen und den Beschlussvorschlag entsprechend zu ergänzen. Ort und Zeit werde der Bürgermeister festlegen. Eine offizielle Einladung zur Versammlung werde folgen. Der Stadtrat könne heute bereits Vertreter für die Teilnahme an der Einwohnerversammlung benennen oder dies später nachreichen.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen äußerte, dass dieses Vorgehen sinnvoll sei. Ein Beschluss solle gefasst, Bürger sollten einbezogen und Kräfte gebündelt werden. Sie wies darauf hin, dass die BIMA noch kein Signal gegeben habe und erkundigte sich, ob dies negative Konsequenzen haben könne.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter führte aus, dass die BIMA an der Konzepterarbeitung beteiligt war. Die BIMA und die Stadt Geilenkirchen haben einem Planungsbüro den Auftrag zur Konzepterstellung erteilt. Eine Stellungnahme der BIMA liege zwar nicht vor, allerdings habe Herr Technischer Beigeordneter Mönter ein Gespräch mit der BIMA geführt, in dem das Konzept erörtert worden sei. Die BIMA habe außerdem zugesagt, sich an der Öffentlichkeitsarbeit für das Konzept zu beteiligen und werde auch an der Einwohnerversammlung teilnehmen.

Herr Stadtverordneter Kravanja merkte an, dass die Ergebnisse der Bürgerversammlung in das Konzept einfließen sollten. Wenn nun ein Konzeptentwurf beschlossen werde, müsste das Konzept nach der Versammlung mit Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Einwohnerversammlung erneut im Rat diskutiert werden.

Herr Stadtverordneter Jansen sprach sich dafür aus, dass die Bürgerversammlung vor Verabschiedung des Konzepts stattfinden solle, damit die Ergebnisse der Versammlung berücksichtigt werden könnten.

Herr Stadtverordneter Paulus fragte, ob die Verwaltung sich kundig machen könne, ob die Kosten für die Entwässerung ganz oder teilweise von BIMA oder Bund übernommen würden. Die Stadt Geilenkirchen sei in diesem Sonderfall zuständig für die Entwässerung, die jedoch über die Kläranlage in der Fliegerhorstsiedlung durchgeführt werde. Die Kosten für Abwasser seien erheblich und müssten bei Finanzierung durch die Stadt auf alle Bürger umgelegt werden. Der Rat solle bei Gelegenheit über das Ergebnis unterrichtet werden.

Herr Stadtverordneter Kleinen machte bezüglich der Aussage des Herrn Stadtverordneten Jansen darauf aufmerksam, dass nun über einen Konzeptentwurf abgestimmt werden solle. In das endgültige Konzept würden die Ergebnisse der Bürgerversammlung ohnehin einfließen.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter schilderte, dass vor Durchführung von Einwohnerversammlungen generell beschlossen werden solle, welcher Entwurf den Einwohnern vorgestellt werden solle. Das Ergebnis der Einwohnerversammlung werde dem Rat vorgetragen. Laut Gemeindeordnung müsse der Rat über das Ergebnis einer Einwohnerversammlung unterrichtet werden. Der Rat könne dann eine Entscheidung treffen und dem Konzept entweder zustimmen, es ablehnen oder eine Überarbeitung des Konzepts veranlassen. Es sei sinnvoll, mit einem vom Rat beschlossenen Entwurf in die Einwohnerversammlung zu gehen, damit das Ziel der Versammlung festgelegt sei. Bezüglich der Frage des Herrn Stadtverordneten Paulus erklärte Herr Technischer Beigeordneter Mönter, dass das Abwasser der Fliegerhorstsiedlung auf dem Stützpunkt der NATO und nicht durch den in Geilenkirchen üblicherweise zuständigen Wasserverband Eifel-Rur geklärt werde. Für die Abwasserentsorgung müsse ein neues Abwassernetz erstellt werden. Die Kosten und Finanzierung dieses Netzes sollten im Lauf der Maßnahmenplanung diskutiert werden.

Herr Stadtverordneter Weiler legte dar, dass mehr als 90 Prozent der Häuser in der Fliegerhorstsiedlung Eigentum der BIMA seien. Vor der Einwohnerversammlung müsse daher geklärt werden, welche Ideen die BIMA bezüglich der Häuser habe. Die BIMA solle ihre Ideen in der Einwohnerversammlung darstellen und eine Stellungnahme abgeben. Herr Stadtverordneter Weiler unterstrich die Aussage des Herrn Stadtverordneten Kleinen, dass nun lediglich ein Konzeptentwurf beschlossen werden solle.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz regte an, verschiedene Entwurfsvarianten in der Einwohnerversammlung vorzustellen, damit man sich nicht zu sehr auf eine Variante fixiere. Die Einwohner sollten über die anderen Varianten informiert werden. Außerdem solle ergebnisoffen diskutiert werden. Dadurch würden die Einwohner angemessen beteiligt.

Herr Stadtverordneter Gerads sprach sich dafür aus, einen Konzeptentwurf in der Einwohnerversammlung vorzustellen. Die Vorstellung mehrerer Konzepte sei nicht zielführend.

Herr Stadtverordneter Jansen fasste zusammen, dass etwa vier verschiedene Konzepte ausgearbeitet worden seien. Das Konzept Nummer vier solle nun umgesetzt werden. Fraglich sei aber, warum den Einwohnern die anderen drei Varianten des Konzepts nicht vorgestellt würden. Es solle sichergestellt werden, dass alle Varianten den Bürgern vorgestellt würden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde den Beschlussvorschlag ablehnen, weil die Reihenfolge der Bürgerbeteiligung nicht korrekt sei und alle Varianten des Konzepts in der Versammlung vorgestellt werden sollten.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen legte dar, dass es keinen Sinn mache, alle vier ausgearbeiteten Varianten des Konzepts in der Einwohnerversammlung vorzustellen. MWM habe mit allen Haushalten in der Fliegerhorstsiedlungen gesprochen und deren Aussagen und Anregungen aufgenommen. Wenn alle vier Varianten des Konzepts in der Einwohnerversammlung vorgestellt werden würden, könne kein Ergebnis bei der Versammlung erreicht werden.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf des Entwicklungskonzeptes wird beschlossen. Eine Einwohnerversammlung wird anberaومت.

Für die Teilnahme an der Einwohnerversammlung wurden folgende Vertreter benannt:

CDU: Herr Conrads, Herr Paulus, Herr Weiler

SPD: Herr Grundmann

Für GK!: Frau Kals-Deußen

Geilenkirchen bewegen! und FDP: Frau Hensen

Freie Bürgerliste: Herr Graf

Die Benennung des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird nachgereicht.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 30 |
| Nein: | 4 |
| Enthaltung: | 0 |

- TOP 5** **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 der Stadt Geilenkirchen**
Geltungsbereich: Fläche im Stadtkern, nordwestlich der Herzog-Wilhelm-Straße und südlich der Straße Am Sonnenhügel (Ehemaliges Molkereigelände)
- Beratung über die während der Offenlage nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 iVm § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 Alt.1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
- Verabschiedung des Bebauungsplanes als Satzung nach § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 574/2016

Beschlussvorschlag:

Über die eingegangene Stellungnahme wird gemäß dem Vorschlag der Verwaltung abgewogen.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 der Stadt Geilenkirchen mit Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB wird als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 6 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 der Stadt Geilenkirchen (ehemaliges Molkereigelände) - Vorstellung und Beratung der Erschließungsplanung
Vorlage: 578/2016

Beschlussvorschlag:

Der vorgestellten Planung wird zugestimmt. Darüber hinaus wird ein Erschließungsvertrag geschlossen und die Erschließungsanlage nach Fertigstellung in die Baulast der Stadt Geilenkirchen übergehen. **(Zusatz 14.06.2016)** Die Herstellung der Straße erfolgt durch eine Fachfirma und die Übernahme der Straße nach Abnahme durch die Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 7 Ergebnis der Einwohnerversammlung zum Ausbau der Straße "Am Mühlenhof" in Beeck mit Planverabschiedung
Vorlage: 583/2016

Beschlussvorschlag:

Der Planentwurf mit einer Fahrbahnbreite von 5,50 m wird verabschiedet. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bauvorbereitung mit der VOB Ausschreibung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-----|----|
| Ja: | 34 |
|-----|----|

| | |
|-------------|---|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 8 Antrag auf Aufstellung einer Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB in Geilenkirchen-Bauchem, Nierstraßer Weg
- Beratung über die Einleitung des Bauleitplanverfahrens (Aufstellungsbeschluss)
- Beschluss über den Abschluss einer Planungsvereinbarung
Vorlage: 540/2016

Herr Stadtverordneter Mesaros betonte, dass die Sachlage deutlich sei. Es handele sich um ein Grundstück am Ende einer Straße, die durchgehend bebaut sei. Das Grundstück befinde sich an einer erschlossenen Straße. Die Grundstücke rechts und gegenüber seien bebaut. Somit entstehe der Eindruck einer Baulücke, die bebaut werden dürfe. Zwar liege der Teil, des Grundstücks, den der Eigentümer bebauen wolle, in einem Landschaftsschutzgebiet, jedoch seien Kompensationsmaßnahmen auferlegt worden, um den Eingriff in das Schutzgebiet auszugleichen. Nach Ansicht der Fraktion „Für GK!“ sei die Sachlage somit klar. Herr Stadtverordneter Mesaros erklärte, dass er Verständnis für die Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe, aber die Vorgehensweise zur Durchsetzung dieser Ansicht nicht korrekt finde. Durch den Vorwurf der Klüngelei gegenüber der Verwaltung sei diese ungerechtfertigt unter Korruptionsverdacht gestellt worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden gute Themen einbringen und seien eine Bereicherung, allerdings sei die Vorgehensweise der Fraktion teilweise nicht in Ordnung und in diesem Fall unfair gegenüber dem Antragsteller und der Verwaltung. Herr Stadtverordneter Mesaros lud die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur sachgerechten Mitarbeit ein und appellierte für eine Vorgehensweise mit mehr Demut und weniger Hochmut.

Herr Stadtverordneter Jansen wies die Worte des Herrn Stadtverordneten Mesaros bezüglich der Korruption zurück. Keiner der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe diese Vokabel jemals in den Mund genommen. Klüngel werde laut Definition ausgeübt, um etwas zu erreichen, indem Strippen gezogen würden. Die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt sei emotionalisiert und Herr Stadtverordneter Jansen persönlich angegriffen worden. Eine persönliche Fehde solle nicht begonnen werden. Die Umstände in dieser Sache seien im Rat nicht so wie üblich. Das Gutachten eines renommierten Juristen aus Geilenkirchen liege vor und enthalte die Aussage, dass es sich um eine Gefälligkeitsplanung handle, die nicht stattfinden dürfe. Was Recht ist, solle Recht bleiben. Der Bürgermeister habe garantiert, dass das Schreiben des Juristen den Stadtverordneten zugehe. Das Schreiben sei jedoch in das Sitzungssystem eingestellt worden und für einige Stadtverordnete nicht auffindbar.

Herr Stadtverordneter Mesaros stellte klar, dass Klüngel laut Definition des Duden von einer Gruppe Menschen betrieben werde, um sich Vorteile zu verschaffen. Bei Beamten stelle Vorteilsnahme einen Straftatbestand dar. Das Wort „Klüngel“ sei soeben von Herrn Stadtverordneten Jansen mehrfach verwendet und auf die gesamte Fraktion bezogen worden. Dies führe möglicherweise zu Reaktionen in der Bevölkerung, die von der Fraktion nicht beabsichtigt worden seien.

Herr Stadtverordneter Kleinen stimmte den Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Mesaros zu und erklärte, dass die Fraktion „Geilenkirchen bewegen!“ und FDP der Ergänzungssatzung zustimmen werde. Herr Stadtverordneter Kleinen führte aus, dass auch er sich teilweise von den Äußerungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe verleiten lassen und vom eigentlichen Thema abgewichen sei. Die Diskussion sei auf persönlicher Ebene geführt und in der Öffentlichkeit und der Presse ausgetragen worden. Dies werfe kein gutes Licht auf den Stadtrat. Herr Stadtverordneter Kleinen entschuldigte sich hierfür. Er habe sich ein Bild von

der Angelegenheit gemacht und sei von der Rechtmäßigkeit der vom Antragsteller beabsichtigten Maßnahme überzeugt. Die Art und Weise, wie mit dem Antrag umgegangen worden sei, motiviere andere Bauherren nicht zum Bau.

Herr Stadtverordneter Paulus stimmte den Aussagen des Herrn Stadtverordneten Mesaros ebenfalls zu und erklärte, dass es nicht richtig sei, dass Namen von Antragstellern oder anderen Personen in öffentlicher Sitzung genannt würden. Persönliche Angelegenheiten sollten in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden. Es sei außerdem eine Unverschämtheit, wie mit dem Antragsteller umgegangen worden sei. Dies habe es in der langen Zeit, der Herr Stadtverordneter Paulus bereits dem Rat angehöre, noch nie gegeben.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz stimmte dahingehend zu, dass Emotionalität bei Klärung einer Sachfrage schade. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätten jedoch nicht emotionalisiert. Bezüglich der Sache sei es möglich, dass dieser Antrag die Menschen im Stadtgebiet animieren könne, weitere Anträge zur Ausweitung von Flächen zu stellen. Den Kaufinteressenten dieser Fläche sei im Vorfeld gesagt worden, dass es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handle. Nun werde diese Fläche für einen Antragsteller als Baugebiet festgesetzt und damit ein Präzedenzfall geschaffen. Dies werde durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Das Landschaftsschutzgebiet wurde aus bestimmten Gründen festgesetzt, die immer noch vorliegen würden. Durch solche Ergänzungssatzungen würden Ortsränder gefährdet. Herr Stadtverordneter Dr. Evertz beantragte geheime Abstimmung.

Auf Nachfrage des Herrn Stadtverordneten Mingers legte Herr Technischer Beigeordneter Mönter dar, dass im Ausschuss dargestellt worden sei, warum die Verwaltung der Meinung sei, dass ein Planungsermessen des Rates bestehe. Das Grundstück könne der Bebauung zugeführt oder weiterhin als Landschaftsschutzgebiet betrachtet werden. Ein Anspruch auf ein Planungsverfahren bestehe nicht. Vielmehr bestehe ein Planungsermessen des Rates. Daher könne der Rat eine Ergänzungssatzung beschließen. Argumente für und gegen die Erstellung einer solchen Satzung, durch die das Gebiet zum Bauland erklärt wird, seien in der Vorlage dargelegt worden. Für die Zuführung zur Bebauung spreche, dass der Siedlungsraum dadurch abgerundet und ein erschlossenes Grundstück bebaubar gemacht werde. Erschließungsaufwand werde dadurch gespart, wenn davon ausgegangen werde, dass dieses Grundstück anstelle eines anderen Grundstücks bebaut werde. Eine Ergänzungssatzung zu beschließen sei einfacher als die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens. Das Verwaltungshandeln könne dadurch effizienter gestaltet werden. Das Grundstück könne mit der Satzung dem Innenbereich zugeordnet werden. Der Ausgleich für einen „Landschaftsverbrauch“ müsse ebenfalls in der Satzung festgelegt werden. Im weiteren Verfahren könnten Anregungen und Bedenken vorgetragen werden. Nun solle zunächst die Aufstellung der Satzung beschlossen werden. Das weitere Vorgehen ist ergebnisoffen.

Herr Stadtverordneter Weiler stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung zur Durchführung der Abstimmung, da die Argumente bereits wiederholt vorgetragen würden und sich die Angelegenheit nun erneut auf der Tagesordnung einer Ratssitzung befinde.

Bürgermeister Schmitz formulierte folgenden Beschlussvorschlag:

„Die Aufstellung der Ergänzungssatzung Nierstraßer Weg und der Abschluss einer Planungsvereinbarung mit dem Antragsteller werden beschlossen.“

Zur Auszählung bei der geheimen Abstimmung wurden die Stadtverordneten Frau Bintakys-Heinrichs und Herr Speuser benannt.

Beschlussvorschlag:

Die Aufstellung der Ergänzungssatzung Nierstraßer Weg und der Abschluss einer Planungsvereinbarung mit dem Antragsteller werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 21 |
| Nein: | 9 |
| Enthaltung: | 3 |

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen erklärte, dass sie die auch in dieser Sitzung aufkommen- den Nebengespräche als extrem störend empfinde und bat den Bürgermeister, bei Bedarf einen Ordnungsruf zu erteilen.

TOP 9 Maßnahme zur Schülerbeförderung für die Stadtteile Nirm, Kraudorf und Hoven Vorlage: 584/2016

Herr Stadtverordneter Grundmann führte aus, dass diese Angelegenheit bereits mehrfach in den Gremien diskutiert worden sei. In der Fraktion SPD-Linke seien ebenfalls Gespräche geführt worden. Die Beschlussfassung in dieser Angelegenheit solle nicht weiter vertagt werden. Dies wäre fatal, weil die Sache dann erst im Jahr 2017 in der Nahverkehrsplanung des Kreises Heinsberg berücksichtigt werden könne.

Herr Stadtverordneter Grundmann formulierte folgenden Beschlussvorschlag:

„Die Stadt Geilenkirchen beantragt für alle Linienfahrten der Linie 407 und 494 die Bedienung der Haltestellen in Richtung Kraudorf an der Einmündung zum Sportplatz sowie in der Ortslage Kraudorf jeweils mit Standardbussen (2-Achser). Der Schülerverkehr bleibt unverändert beibehalten, einschließlich des Gelenkbusses an der betreffenden Spitzkehre.

Der Gelenkbus um 14.02 Uhr hält weiterhin, solange es notwendig ist, an der Spitzkehre. Es soll jährlich geprüft werden, ob dieser durch einen Standardbus (2-Achser) ersetzt werden kann. Falls dies der Fall ist, soll die Bushaltestelle an der Spitzkehre entfernt werden.“

Herr Stadtverordneter Kravanja stimmt dem Beschlussvorschlag des Herrn Stadtverordneten Grundmann zu. Dieser stelle eine Einschränkung des ursprünglichen Beschlussvorschlages dar. Der Beschlussvorschlag solle dahingehend ergänzt werden, dass Fahrgastzahlen erhoben werden sollten, um festzustellen, ob die Busse wie geplant genutzt werden würden.

Herr Stadtverordneter Grundmann führte aus, dass der Antrag insbesondere im Hinblick auf den Schülerverkehr gestellt worden sei. Eine im Beschlussvorschlag enthaltene jährliche Überprüfung der Notwendigkeit werde anhand der Fahrgastzahlen durchgeführt. Die Erhebung von Fahrgastzahlen müsse daher nicht in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden, sondern werde ohnehin durchgeführt.

Herr Stadtverordneter Kravanja stellte klar, dass Fahrgastzahlen erhoben werden sollten.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Geilenkirchen beantragt für alle Linienfahrten der Linie 407 und 494 die Bedienung der Haltestellen in Richtung Kraudorf an der Einmündung zum Sportplatz sowie in der Ortslage Kraudorf jeweils mit Standardbussen (2-Achser). Der Schülerverkehr bleibt unverändert beibehalten, einschließlich des Gelenkbusses an der betreffenden Spitzkehre.

Der Gelenkbus um 14.02 Uhr hält weiterhin, solange es notwendig ist, an der Spitzkehre. Es soll jährlich geprüft werden, ob dieser durch einen Standardbus (2-Achser) ersetzt werden kann. Falls dies der Fall ist, soll die Bushaltestelle an der Spitzkehre entfernt werden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 10 Antrag der Fraktion SPD-Linke zur Nachbenennung allgemeiner stellvertretender sachkundiger Bürger
Vorlage: 575/2016**

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die SPD-Linke beantragt habe, zusätzlich zu den vorgeschlagenen Personen auch Herrn Dr. Joachim Möhring als allgemeinen stellvertretenden sachkundigen Bürger für die genannten Ausschüsse zu benennen. Außerdem stellte Bürgermeister Schmitz fest, dass Herr Omer Semmo, der als sachkundiger Bürger benannt worden sei, verzogen sei und deshalb den Ausschüssen nicht mehr angehören könne.

Beschlussvorschlag:

Frau Carmen Lubberich, Herr Ingo Schäfer, Frau Jennifer Ueberwolf und Herr Dr. Joachim Möhring werden als sachkundige Bürger und zusätzliche allgemeine Vertreter für den Umwelt- und Bauausschuss, den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sowie für den Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur bestellt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 11 Antrag der Fraktion SPD-Linke zur Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 577/2016**

Beschlussvorschlag:

Frau Gabriele Thielemann verlässt als sachkundige Bürgerin den BSSK und wird durch den Stadtverordneten Christoph Grundmann im BSSK als Ausschussmitglied ersetzt.

Herr Holger Sontopski verlässt als sachkundiger Bürger den Jugendhilfeausschuss und wird durch den Stadtverordneten Thomas Klein als Ausschussmitglied ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Benennung eines sachkundigen Bürgers für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 586/2016

Beschlussvorschlag:

Herr Dietrich Körner scheidet als sachkundiger Bürger und originäres Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss aus. Den frei werdenden Platz nimmt Herr Patrick Küppenbender ein.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 12.1 Antrag der Fraktion "Geilenkirchen bewegen!" und FDP zur Benennung eines sachkundigen Bürgers für den Ausschuss Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung
Vorlage: 598/2016

Beschlussvorschlag:

Herr Stadtverordneter Leonhard Kuhn verlässt den Ausschuss Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung. Herr Anton Stumpf wird als sachkundiger Bürger und Nachfolger des Herrn Stadtverordneten Leonhard Kuhn für den Ausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 34 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 13 Anfrage der Fraktion "Für GK!" - Sachstandsbericht zur Lage der in Geilenkirchen lebenden Flüchtlinge
Vorlage: 588/2016**

Kenntnisnahme:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 14 Antrag der CDU-Fraktion - Finanzierungsvorschlag Bürgerhaus Bauchem
Vorlage: 585/2016**

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass die CDU-Fraktion einen Finanzierungsvorschlag für das Bürgerhaus Bauchem unterbreitet habe. Vor Beginn der Debatte gab Bürgermeister Schmitz bekannt, dass er wie bereits dargelegt einen Anbau an die Mensa als günstigste Lösung favorisiere.

Herr Stadtverordneter Weiler schilderte, dass der Antrag gestellt wurde, da den Worten Taten folgen sollten. In das Thema „Bürgerhaus Bauchem“ solle wieder Bewegung gebracht werden. Nach Gesprächen mit den Vereinen habe sich eine in der Vorlage aufgeführte neue Variante herauskristallisiert. Bisher sei beabsichtigt worden, ein Holzhaus zu bauen. Nun solle die kostengünstigere Massivbauweise gewählt werden. Grundriss und Raumaufteilung sollten aus den ursprünglichen Plänen übernommen werden. Detaillierte Planungen wurden noch nicht erstellt, weil die Kosten zur Beauftragung eines Architekten mit der Planerstellung zunächst vermieden werden sollten. Der Rat solle zuerst ein positives Signal an die Vereine senden, bevor weiter geplant werde. Es werde vorgeschlagen, dass die Verwaltung zusätzlich zu den zugesagten 200.000 Euro weitere finanzielle Mittel im ungünstigsten Fall in Höhe von 175.000 Euro durch einen Kommunalkredit bereitstellen solle. In der Gesamtsumme in Höhe von 375.000 Euro sei bereits ein Risikozuschlag in Höhe von zehn Prozent eingepreist worden. Herr Stadtverordneter Weiler dankte Herr Goertz für den Finanzierungsvorschlag. Dieser stelle eine Belastung für den Verein Germania Bauchem dar, der als solventester Verein Bauchems als Vertragsnehmer, Bauherr und Vertragspartner der Stadt fungiere. Nach Fertigstellung des Gebäudes werde dieses in den Besitz der Stadt übergehen, daher sollten Privatpersonen nicht mit ihrem Vermögen haften müssen. Die monatliche Belastung in Form einer von Germania Bauchem zu zahlenden Pacht, mit der der Kommunalkredit finanziert werden solle, sei für den Verein tragbar. Es handele sich um den gleichen Betrag, der als Pacht fürs Hallenbadrestaurant entrichtet worden sei. Der Rat solle dem Antrag zustimmen, damit das Projekt auf den Weg gebracht werden könne. Dadurch könne ein positives Signal nach außen an die Bürger gesendet werden. Die Fraktionen hätten im Vorfeld ausgedrückt, dass die Notwendigkeit gesehen werde. Daher solle nun gehandelt werden.

Herr Stadtverordneter Kleinen machte darauf aufmerksam, dass die Fraktionen Gespräche mit dem Förderverein geführt hätten. Die Fraktionen haben dabei Fragen an den Förderverein formuliert und um Zuarbeit gebeten. Diese erbetenen Taten seien durch den Förderverein bisher nicht erfolgt. Keiner widerspreche dem Bürgerhaus Bauchem. Es sei klar, dass das Bürgerhaus benötigt werde. Daher habe der Rat einen Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro zugesagt. Wenn dem Vorschlag der CDU gefolgt werde, würde dies bedeuten, dass auch andere Vereine aus anderen Ortschaften Geilenkirchens mit Forderungen an die Verwaltung herantreten und nach einem Kredit fragen, der durch monatliche Pachtzahlungen von den Vereinen abgezahlt werden könne. In der monatlichen Pacht in Höhe von 900 Euro, die für das Hallenbadrestaurant gezahlt worden sei, seien bereits Nebenkosten enthalten gewesen. Bei dem

vorgeschlagenen Finanzierungsmodell seien die Nebenkosten als weitere Belastung für den Verein noch nicht berücksichtigt worden. Eine Bilanz und ein Businessplan seien bisher von den Bauchemer Vereinen noch nicht vorgelegt worden. Somit ist nicht klar aufgeschlüsselt, wie die Kosten getilgt werden sollten. Falls die Kosten nicht gestemmt werden könnten, müsse der Steuerzahler das Risiko tragen. Fraglich sei, wie mit anderen Vereinen umgegangen werden solle. In der Vergangenheit hätten Privatpersonen Bürgschaften für die Errichtung von Bürgerhäusern aufgenommen. Teilweise sei angefragt worden, ob die Stadt einen Kommunalkredit aufnehmen könne, den die jeweiligen Vereine abbezahlen könnten. Dies sei in der Vergangenheit konsequent abgelehnt worden und sollte daher auch in diesem Fall abgelehnt werden. Die Fraktion „Geilenkirchen bewegen!“ und FDP werde dem Antrag daher nicht zustimmen. Der Tilgungsplan könne im Internet problemlos errechnet werden. Fraglich ist, wer im Rat die genauen Pläne mit Massivbauweise kenne. Zunächst solle der Tagesordnungspunkt im HFA diskutiert werden. Die Fragen, die die Fraktionen an den Verein formuliert haben, sollten in diesem Zusammenhang beantwortet werden.

Herr Stadtverordneter Kravanja legte dar, dass das Bürgerhaus nach Ansicht der Fraktion Bürgerliste wichtig für den Stadtteil sei. Daher werde die Zusage für den Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro aufrechterhalten. Der Antrag der CDU sei jedoch nicht gut ausgearbeitet worden. Es handele sich um Augenwischerei, da zwar von einem Kredit die Rede sei, jedoch eigentlich eine Vollfinanzierung durch die Stadt durchgeführt werde und eine monatliche Pacht gezahlt werden solle. Die Vereine hätten ausgedrückt, dass der Status quo wieder hergestellt werden solle. Dieser habe aus einem Pachtvertrag für Räumlichkeiten im Schwimmbad bestanden. Die Rückzahlung des von der Stadt aufzunehmenden Kredites werde nicht vollzogen, da die Pacht unabhängig von dem Kredit gesehen werden müsse. Außerdem sei fraglich, ob ein Pachtvertrag über 20 Jahre bindend geschlossen werden könne. Es müsse rechtlich ferner geklärt werden, ob ein Pachtvertrag oder ein Kreditvertrag abgeschlossen werden müsse. Auch das Ausfallrisiko des Vereins müsse betrachtet werden. Wenn der Kredit nicht mehr vom Verein finanziert werden könne, gefährde dies den städtischen Haushalt, insbesondere, wenn auch Kredite an andere Vereine zur Errichtung von Bürgerhäusern gewährt werden würden. Auch die Gleichberechtigung der Vereine müsse gewährleistet werden. Andere Vereine hätten Eigenleistungen erbracht. Ein Bauplan und ein Businessplan für das Bürgerhaus Bauchem würden ebenfalls nicht vorliegen. Von den zugesagten 200.000 Euro seien 25.000 Euro außerdem bereits verbraucht. Dies führe zu der Frage, ob der städtische Anteil oder der Kredit erhöht werden müsse. Der Antrag sei unausgegoren. Das Vorhaben sei sehr risikobehaftet und enthalte viele offene Fragen, die zunächst geklärt werden müssten. Falls der Antrag in dieser Form bewilligt werde, sei sicher, dass die Stadt Geilenkirchen ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müsse. Die Beratung zu dieser Angelegenheit solle daher vertagt werden. Andernfalls werde die Fraktion Bürgerliste den Antrag ablehnen. Zwar gönne die Fraktion den Bauchemer Bürgern ein Bürgerhaus, jedoch habe sie eine gesamtstädtische Verantwortung.

Herr Stadtverordneter Grundmann legte dar, dass der Antrag der CDU-Fraktion gut sei, da wieder Bewegung in das Thema „Bürgerhaus Bauchem“ komme. Allerdings sei der Antrag teilweise unausgegoren. Herr Stadtverordneter Grundmann regte an, dass ein Architekt zur Erstellung eines Plans für das Bürgerhaus beauftragt werden könne. Dieser Plan könne dem Rat vorgestellt und beraten werden. Der Rat solle dem Verein Germania Bauchem die Möglichkeit geben, zu beweisen, dass ein Bürgerhaus möglich sei. Nach Vorstellung des Plans durch den Architekten könne der Finanzierung zugestimmt werden.

Herr Stadtverordneter Mesaros führte aus, dass er grundsätzlich ein Verfechter des Projekts sei. Das abgebrannte und von den Vereinen als Versammlungsstätte genutzte Restaurant des Hallenbades solle ersetzt werden. Die Stadt habe insoweit die Verantwortung. Außerdem bestehe in Bauchem vielfältiger Bedarf für ein Bürgerhaus. Beispielsweise könnten Jugendarbeit

oder präventive soziale Arbeit dort installiert werden. Auch Flüchtlingskinder und -familien könnten diesen Treffpunkt nutzen. Die Vereinstätigkeit sowie das Engagement der Bürger seien groß. Dies seien wichtige Gründe für die Förderung des Projekts. Allerdings müsse das Projekt besser geplant werden.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen erläuterte, dass sie die Ansicht des Herrn Stadtverordneten Mesaros nicht teile. Es sei klar, dass das Bürgerhaus notwendig sei, allerdings sei die Art und Weise, wie die CDU-Fraktion die Sache auf den Weg gebracht habe, nicht in Ordnung. In anderen Ortschaften hätten die Bürger sich engagieren und selbst an einem Bürgerhaus arbeiten müssen. Bürgschaften und Eigenleistungen seien gefordert und von den Bürgern auch erbracht worden. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Bürger aus Bauchem in diesem Fall nicht in die Pflicht genommen werden sollten. Kommunalkredite seien etwa bei der Turnhalle Gillrath und der Bürgerhalle Würm angefragt, jedoch vom Rat abgelehnt worden. Bezüglich der Kritik des Herrn Stadtverordneten Kleinen dahingehend, dass die Vereine die Fragen nicht beantwortet hätten, machte Frau Stadtverordnete Kals-Deußen darauf aufmerksam, dass auch die Verwaltung beispielsweise die Frage zur langfristigen Generierung von Einnahmen bisher nicht beantwortet habe. Möglicherweise könne der Verein einen Kredit aufnehmen. Die Laufzeit von 20 Jahren, die für den Pachtvertrag vorgeschlagen werde, sei sehr lang. Aus diesen Gründen werde Frau Stadtverordnete Kals-Deußen dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Stadtverordneter Gerads ergänzte die bisherigen Ausführungen dahingehend, dass in einem interfraktionellen Gespräch festgehalten worden sei, dass ein gemeinsamer Antrag von den Fraktionen an die Verwaltung erarbeitet werden solle. Nun habe die CDU-Fraktion alleine einen Antrag gestellt. Mit diesem Vorgehen ohne Abstimmung mit den anderen Fraktionen habe die CDU-Fraktion den Bauchemer Vereinen keinen Gefallen getan.

Herr Stadtverordneter Jansen erklärte, dass das Bürgerhaus für Bauchem notwendig sei. Die Frage der Finanzierung stelle jedoch ein Problem dar. Gegenüber den anderen Vereinen müsse gerecht gehandelt werden. Es sollten keine neuen Finanzierungsformen gewählt werden, die in anderen Fällen abgelehnt worden seien. Diese Ablehnungen hätten die Vereinsarbeit erschwert. Bei jedem anderen Bürgerhaus, das errichtet worden sei, seien Privatbürgschaften übernommen worden. Herr Stadtverordneter Jansen schlug der CDU-Fraktion vor, den Antrag zurückzuziehen, besser auszuarbeiten und zu einem späteren Zeitpunkt neu zu beraten.

Herr Stadtverordneter Schumacher betonte, dass weder Neid noch Missgunst heraufbeschworen werden sollten und auch keine anderen Projekte mit dem Bürgerhaus Bauchem verglichen werden könnten. Das Finanzierungsmodell liege vor. Fragen seien beantwortet worden. Die Vereine hätten Arbeit geleistet, daher sei der Vorwurf, den unter anderem Herr Stadtverordneter Kleinen formuliert habe, nicht gerechtfertigt. Die Vereine in Bauchem hätten das Gefühl, dass immer wieder Hindernisse in den Weg gelegt werden würden. Herr Stadtverordneter Schumacher unterstützte die Aussage des Herrn Stadtverordneten Mesaros. Kinder, Jugendliche, Erwachsene und auch Flüchtlinge bräuchten eine Anlaufstelle. Durch präventive soziale Arbeit und Schaffung eines Treffpunktes könne etwa ein Abdriften in der Gesellschaft vermieden werden. Die Kombination aus Schwimmbad und Bürgerhaus sei außerdem attraktiv, da etwa Eltern im Bürgerhaus auf ihre Kinder warten könnten.

Herr Stadtverordneter Weiler erklärte, dass absehbar gewesen sei, dass der Antrag kontrovers diskutiert werden würde. Die Wortwahl, die teilweise verwendet worden sei, sei jedoch nicht in Ordnung. Außerdem seien die Vergleiche zwischen der Stadt Geilenkirchen und anderen Städten, die von Herrn Stadtverordneten Kravanja gezogen worden seien, nicht angemessen. Bezüglich der Kritik an nicht eingeplanten Eigenleistungen des Vereins erklärte Herr Stadtverordneter Weiler, dass Eigenleistungen eingebracht werden könnten, wenn die Kosten

aus dem Ruder laufen sollten. Auch in anderen Ortschaften habe es Risiken bei der Errichtung von Bürgerhäusern gegeben. Zudem seien teilweise Zuschüsse von mehr als 200.000 Euro gewährt worden. Die Angelegenheit solle im Rat beraten werden, damit eine Entscheidung zügig getroffen werden könne und die Angelegenheit nicht durch die Sommerpause weiter aufgeschoben werde. Zur Anmerkung des Herrn Stadtverordneten Gerads erklärte Herr Stadtverordneter Weiler, dass Vereine, Politik und Verwaltung nichts unternommen hätten. Die CDU-Fraktion habe Verantwortung übernommen und sei auf die Vereine zugegangen. Hinsichtlich der Kritik des Herrn Stadtverordneten Kravanja legte Herr Stadtverordneter Weiler dar, dass Vereine in anderen Städten mit Krediten bei der Beschaffung von Kunstrasenplätzen unterstützt werden. Dies sei rechtlich geprüft worden. Außerdem solle das Ehrenamt gestärkt werden. Die Vereinsarbeit solle nicht derartig erschwert werden. Vielmehr solle den Vereinen vertraut werden. Das Risiko sei überschaubar. Bei anderen Vereinen und Bürgerhäusern habe man die Risiken der Vorhaben auch nicht vorher absehen können.

Herr Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich, welche Ratsmitglieder im Vorstand des Fördervereins der Ortsvereine Bauchem seien.

Bürgermeister Schmitz stellte fest, dass der Verein Germania Bauchem und nicht der Förderverein der Ortsvereine Bauchem als Bauherr fungiere.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz legte dar, dass er einerseits ermöglichen möchte, dass der Verein Germania Bauchem einen Versammlungsraum bekommt. Andererseits habe er auch als Ratsmitglied eine Verantwortung und müsse auch die Risiken betrachten. Auf Grund der Lage des städtischen Haushalts könne die Stadt Geilenkirchen sich keine Fehlgriffe erlauben. Grundlagen würden im Antrag der CDU-Fraktion fehlen. Außerdem solle zu schnell entschieden werden. Es sei gut, dass die Angelegenheit auf den Weg gebracht worden sei. Allerdings seien keine Skizze oder ähnliche Informationen zur Gestaltung des Bürgerhauses vorhanden. Daher werde Herr Stadtverordneter Dr. Evertz dem Antrag nicht zustimmen. Er regte an, dass der Antrag zurückgenommen werden solle. Andernfalls müsse er gegen den Antrag stimmen.

Herr Stadtverordneter Grundmann sprach sich dafür aus, dass der Verein die Möglichkeit erhalten solle, zu beweisen, dass das Bürgerhaus umsetzbar ist. Von den durch den Rat bewilligten 200.000 Euro solle Geld für die Beauftragung eines Architekten zur Planerstellung zur Verfügung gestellt werden. Es solle geklärt werden, wie das Gebäude aussehen solle und welche Gewerke von wem übernommen werden könnten.

Herr Stadtverordneter Kuhn stellte klar, dass die Bürger in Würm für das Bürgerhaus viel Einsatz zeigen mussten und vier Personen mit je 30.000 Euro persönlich haftet hätten. Aus Bauchem könnten beispielsweise mehrere Personen Bürgschaften in Höhe von 12.500 Euro aufnehmen. Wenn der Antrag wie vorliegend bewilligt werde, bestehe für die Stadt Geilenkirchen das Risiko, in den Stärkungspakt zu gelangen. Die Grundsteuer B müsse drastisch erhöht werden, wenn der Kredit von den Vereinen nicht gegenfinanziert werden könne. Vorstände aus anderen Vereinen wie etwa in Würm seien zu den Fraktionen gegangen und haben für das Bürgerhaus großes Engagement zeigen und beim Bau Eigenleistungen einbringen müssen. In Bauchem sei die CDU-Fraktion auf die Vereine zugegangen. Zudem werde laut Antrag nicht mit Eigenleistungen kalkuliert. Wenn der Antrag zur Finanzierung des Bürgerhauses Bauchem bewilligt werde, stelle dies eine Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Ortschaften und Vereinen dar, die nicht korrekt sei. Herr Stadtverordneter Kuhn habe bereits frühzeitig nach dem Hallenbadbrand den Stadtverordneten Schumacher und den Ortsvorsteher Herrn Henßen darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich kundig machen sollten, wie Eigenleistungen erbracht werden könnten. In Hatterath wurden beispielsweise viele Eigenleistungen erbracht. Außerdem stelle sich die Frage, wie in Zukunft mit ähnlichen Anliegen, etwa in Teveren, umgegangen werden solle.

Herr Stadtverordneter Banzet stimmte Herrn Stadtverordneten Kuhn zu. Allerdings könne das Vorhaben in Bauchem nicht mit anderen Bürgerhäusern verglichen werden, weil die Vereine in Bauchem vorher einen Treffpunkt in Form des abgebrannten Hallenbadrestaurants gehabt hätten.

Herr Stadtverordneter Schumacher betonte, dass die Vereine in Bauchem finanzielle Mittel hätten. Gespräche darüber seien bereits geführt worden. Bezüglich der Bürgerhäuser in anderen Ortschaften müsse mit den gesamten Zahlen der städtischen finanziellen Mittel, die in die Gebäude geflossen seien, operiert werden. In Bauchem sei bereits Geld gesammelt worden. Die Vereine würden nicht mit leeren Händen da stehen. Es sei nicht so getan worden, als ob das Bürgerhaus ohne Engagement der Vereine von der Stadt bereitgestellt werden solle. Auch Arbeitskraft sei in Bauchem vorhanden.

Herr Stadtverordneter Paulus stellte klar, dass es einen Fall wie in Teveren, in dem eine Privatperson eine Privatbürgschaft für das Bürgerhaus übernommen habe, nie mehr geben dürfe. Es könne nicht sein, dass Vereinsmitglieder für Gebäude bürgen, die nachher in städtisches Eigentum übergehen. Hier müssten andere Formen gefunden werden. In anderen Ortschaften seien Bürgerhäuser ohne Finanzierung oder Bürgschaften durch Privatpersonen gebaut worden. Eine Bürgschaft für die Allgemeinheit sei für Privatpersonen nicht zumutbar.

Herr Stadtverordneter Gerads führte aus, dass es eine Versammlung mit den Fraktionen und den Vereinen aus Bauchem gegeben habe. Bisher hätten die Vereine weder einen Plan vorgelegt noch ausgesagt, welche Gewerke von Vereinsmitgliedern übernommen werden könnten. Die Aussage des Herrn Stadtverordneten Schumacher, dass die Vereine in Bauchem etwas getan hätten, widerspreche der Aussage des Herrn Stadtverordneten Weiler, dass die CDU-Fraktion auf die Vereine zugegangen sei. Nun stelle sich die Frage, welche Aussage stimme.

Herr Stadtverordneter Kuhn legte dar, dass für das Bürgerhaus in Würm 200.000 Euro aus dem Konjunkturpaket und 100.000 Euro aus der städtischen Kasse bereitgestellt worden seien.

Herr Stadtverordneter Banzet schlug der CDU-Fraktion vor, ihren Antrag zurückzustellen.

Herr Stadtverordneter Wolff erklärte, dass der Antrag des Herrn Stadtverordneten Grundmann zur Finanzierung eines Architekten zur Planerstellung nicht sinnvoll sei. Für Planung solle nicht zusätzlich Geld ausgegeben werden. Die Angelegenheit solle besser im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) beraten werden. Alle Fraktionen würden das Bürgerhaus befürworten, allerdings fehlten Informationen in der Vorlage. Auch sei nicht klar, wo Initiativen aus den Reihen des Vereins erkennbar seien. Man solle sich Zeit nehmen und die Angelegenheit im nächsten HFA nach den Sommerferien beraten. Bis dahin sollten die Vereine brauchbare Informationen vorlegen.

Herr Stadtverordneter Jansen beantragte, über den Antrag in dieser Ratssitzung nicht abzustimmen. Es habe Verbesserungsvorschläge gegeben. Zunächst solle dargestellt werden, was im Antrag und der Planung enthalten sei. Die CDU-Fraktion sollte ihren Antrag zurückziehen. Falls sie dies nicht tue, solle über den Antrag in dieser Ratssitzung nicht abgestimmt werden.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass der nächste HFA am 07.09.2016 stattfinde. Der Vertagungsantrag des Herrn Stadtverordneten Jansen sei ein Antrag zur Geschäftsordnung und gehe daher vor.

Herr Stadtverordneter Kappes beantragte, die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen, damit die Fraktionen sich zur Beratung zusammensetzen könnten.

Bürgermeister Schmitz unterbrach die Sitzung für zehn Minuten.

Herr Stadtverordneter Grundmann formulierte nach der Sitzungspause folgenden Beschlussvorschlag:

„Es wird beschlossen, dass aus dem zugesagten städtischen Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro dem Verein Germania Bauchem ermöglicht wird, einen Architekten mit der Planerstellung für das Bürgerhaus Bauchem zu beauftragen. Der Plan soll im zuständigen Ausschuss vorgestellt und beraten werden. Nach Beschluss des Plans soll über das Finanzierungsmodell beraten werden.“

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass der Antrag zur Vertagung der Angelegenheit in den HFA der weitestgehende Antrag sei und rief daher zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Die Beratung wird in den Haupt- und Finanzausschuss am 07.09.2016 vertagt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 13 |
| Nein: | 19 |
| Enthaltung: | 1 |

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz legte dar, dass in dem Antrag des Herrn Stadtverordneten Grundmann fehle, dass der Verein auf offene Fragen eingehen und das Finanzierungskonzept offenlegen solle. Die bloße Erstellung eines Planes bringe die Diskussion nicht weiter. Er beantragte geheime Abstimmung über den Antrag des Herrn Stadtverordneten Grundmann.

Herr Stadtverordneter Graf erinnerte an die Aussage des Herrn Stadtverordneten Schumacher, dass der Verein Germania Bauchem Geld zur Verfügung habe. Der Verein solle aus diesen Mitteln einen Architekten beauftragen, um Ausgaben für die Stadt zu vermeiden.

Herr Stadtverordneter Wolff sprach sich dafür aus, über einen festen Betrag für einen Architekten abzustimmen. Ein Freibrief dürfe nicht gegeben werden. Dies sei nicht zumutbar. Es sei außerdem fraglich, ob ein solcher Beschluss für eine Ausgabe ohne Obergrenze rechtens sei.

Herr Stadtverordneter Conrads betonte, dass in diesem vorliegenden Antrag ein Finanzierungsmodell vorgestellt worden sei. Über dieses solle abgestimmt werden. Gegenüber Vereinen und der Bevölkerung solle dargestellt werden, dass der Rat bereit sei, das Finanzierungsmodell umzusetzen. Es solle entschieden werden, ob der Rat bereit sei, die zugesagten 200.000 Euro und einen Kredit mit einem Stundungsvertrag in Höhe des Restbetrags von 175.000 Euro nach derzeitigem Stand bereitzustellen. Dies werde im vorliegenden Antrag dargestellt. Gegenüber dem Verein Germania Bauchem könne dieses Stundungsmodell vertreten werden. Dem Verein solle eine Grundlage für die Planung gegeben werden. Die Verwaltung oder der Rat könne später festlegen, dass das Finanzierungsmodell dazu gedacht sei, etwas zu bauen, das für die Stadt Geilenkirchen angemessen sei.

Herr Stadtverordneter Kohnen stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung zur Durchführung der Abstimmung.

Herr Stadtverordneter Conrads erklärte, dass zunächst über das Finanzierungsmodell abgestimmt werden solle. Dieses Modell sei die Grundlage für die weitere Arbeit des Vereins Germania Bauchem. Es sei sinnvoller, über den Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen als Geld für etwas auszugeben, für das man nicht zustimmen wolle.

Herr Stadtverordneter Wolff legte dar, dass der Antrag des Herrn Stadtverordneten Conrads der weitestgehende Antrag sei. Über diesen Antrag solle wie beantragt geheim abgestimmt werden.

Herr Stadtverordneter Weiler teilte mit, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag nicht zurückziehe.

Bürgermeister Schmitz rief zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion auf.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt möge diesem Finanzierungsvorschlag zustimmen und die Verwaltung beauftragen das weitere Vorgehen bezüglich der Errichtung und Finanzierung des Gebäudes mit den Vereinen abzustimmen und zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 13 |
| Nein: | 19 |
| Enthaltung: | 2 |

Herr Erster Beigeordneter Brunen stellte fest, dass nun über den Antrag der SPD-Fraktion abzustimmen sei.

Herr Stadtverordneter Wolff erklärte, dass es fraglich sei, ob der Antrag der SPD-Fraktion so zulässig sei, da keine finanzielle Obergrenze für die Planerstellung durch einen Architekten festgelegt werde.

Herr Stadtverordneter Weiler teilte mit, dass der Verein Germania Bauchem erklärt habe, in Vorleistung zu treten und den Architekten für die Planerstellung zu bezahlen. Der Plan könne im HFA am 07.09.2016 vorgelegt werden.

Herr Stadtverordneter Grundmann äußerte, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag zurückziehe.

**TOP 15 Bekanntgabe einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: 581/2016**

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt die außerplanmäßige Auszahlung zur Kenntnis.

TOP 16 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Herr Stadtverordneter Hoffmann berichtete, dass er am 15.06.2016 beobachtet habe, wie eine Frau, auf Knien rutschend, vor Haus Basten das Unkraut aus den Fliesen kratzte. Er habe den Anblick einfach entwürdigend empfunden. Nach seiner Ansicht gebe es andere Möglichkeiten, das Grünzeug zu entfernen. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung hier nicht für eine Änderung sorgen könne.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass es sich bei der beobachteten Person um eine Hausmeisterin der Stadt gehandelt habe. Die Verwendung von Chemikalien zur Unkrautbekämpfung sei rechtlich stark eingeschränkt, so dass Handarbeit z.T. unvermeidbar sei. Die Art der Arbeitsausführung sei von der Mitarbeiterin selbst gewählt worden. Ihr seien auch die notwendigen und geeigneten Werkzeuge, wie bspw. Fugenkratzer mit Stiel zur Verfügung gestellt worden. Es handele sich um eine sehr zuverlässige und einsatzfreudige Mitarbeiterin, die anfallende Arbeiten stets rasch und pragmatisch erledige. Sie habe die für sie bequemste Lösung gewählt.

Herr Stadtverordneter Hoffmann teilte außerdem mit, dass die mehr als missliche Situation mit den Spielgeräten auf dem Markt schon mehrfach im Rat diskutiert worden sei. In der vorletzten Ratssitzung sei die Freigabe der Geräte für „Mitte des Jahres“ angekündigt worden. Mitte des Jahres sei letzten Freitag gewesen, passiert sei noch nichts. Er fragte, ob es denn jetzt endlich einmal ein Datum gebe, wann die Spielgeräte wieder benutzbar sein sollen.

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass die betreffende Erneuerung der Fallschutzflächen im vergangenen Monat Juni abschließend ausgeführt worden sei. Die Bauzäune um die beiden Flächen würden nach dem Public Viewing der Fußball-EM in der nächsten Woche abgebaut. Die beiden Spielpunkte würden dann wieder nutzbar sein.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz erkundigte sich, welche Schäden durch das Unwetter am 23.06.2016 entstanden seien und ob die Stadt aus diesem Ereignis Konsequenzen für Unwetter- und Starkegenschutzmaßnahmen ziehen werde.

Bürgermeister Schmitz schilderte, dass die Feuerwehr nach Auskunft des Wehrleiters von 22.45 Uhr am 23.06.2016 bis 19.30 Uhr am 24.06.2016 im Einsatz gewesen sei und insgesamt 165 Einsätze gehabt habe. Dies entspreche teilweise der Gesamteinsatzzahl eines Jahres. Mehr als 200 Feuerwehrleute und ehrenamtliche Helfer waren im Einsatz. Feuerwehrleute aus Geilenkirchen, Gangelt, Wegberg und Wassenberg sowie vom NATO Fire Department waren beteiligt. Die Malteser Geilenkirchen und das THW Hückelhoven haben die Feuerwehr unterstützt. Die Schäden könnten noch nicht in Geld beziffert werden. Bürgermeister Schmitz verlas eine Liste der entstandenen Schäden u.a. an städtischen Gebäuden, Bäumen sowie Straßen, Wegen und Plätzen. Es habe sich um ein ungewöhnlich starkes Ereignis gehandelt. Die Verwaltung werde prüfen, welche Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden sollten.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz dankte Bürgermeister Schmitz für die Erläuterungen und allen Einsatzkräften für ihr Engagement.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen berichtete, dass es ein Förderprogramm des Landes NRW gebe, für das sich etwa Gangelt, Selfkant und Waldfeucht als Zipfelregion beworben hätten. Sie erkundigte sich, ob die Stadt Geilenkirchen ebenfalls einen Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm stellen könne, damit Projekte, die im Rahmen der erfolglosen Bewerbung als LEADER-Region erarbeitet worden seien, weitergeführt werden könnten.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter erklärte, dass nur Regionen sich bewerben könnten, die sich erfolglos für das LEADER-Förderprogramm beworben haben. Die Stadt Geilenkirchen könne sich nur zusammen mit der Region Aachener Revier bewerben. Von dieser Region gehe jedoch derzeit keine Initiative aus. Er werde prüfen, ob die Stadt Geilenkirchen sich als einzelne Kommune für dieses oder andere Förderprogramme bewerben könne, um die bei der LEADER-Bewerbung entworfenen Projekte weiter voran zu treiben.

Herr Stadtverordneter Graf fragte, ob die Beschallungsanlage im großen Sitzungssaal und dem Zuschauerraum instand gesetzt werden könne. Die Zuschauer könnten teilweise nicht hören, was im Sitzungssaal gesagt werde.

Bürgermeister Schmitz sagte zu, dass die Verwaltung sich darum kümmern werde.

Frau Stadtverordnete Hensen berichtete, dass der Ortsteil Grotenrath vom Unwetter am 23.06.2016 stark betroffen gewesen sei und erkundigte sich, ob die Verwaltung sich schon Gedanken gemacht habe, ob und wie der Ortsteil künftig besser geschützt werden könne. Außerdem fragte sie, warum das Regenrückhaltebecken so weit offen gestanden habe und ob dies dazu geführt habe, dass sich so viel Wasser in Grotenrath gesammelt habe.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter führte aus, dass die Verwaltung prüfen werde, ob Maßnahmen zur besseren Entwässerung der Ortslagen möglich seien. Es habe sich um ein außergewöhnliches Starkregenereignis gehandelt, bei dem innerhalb von etwa fünfzehn Minuten ungefähr 27 Liter pro Quadratmeter Regen gefallen seien. Das Kanalsystem sei mit dieser Masse überfordert gewesen. Grotenrath liege in einem Tal. Mit technischen Mitteln könne man sich nicht gegen solche außergewöhnlichen Ereignisse wappnen. Bezüglich des Regenrückhaltebeckens würden Gespräche zwischen der Feuerwehr und dem Tiefbauamt geführt. Die Drosseleinrichtung solle so eingestellt werden, dass sie auch bei Starkregen nicht verstellt werden könne. Wenn das Becken überlaufe, fließe das Wasser unkontrolliert. Der Bach könne auch auf Grund der Zuflüsse aus anderen Gewässern über die Ufer laufen. Die Verwaltung werde die Gegebenheiten prüfen.

Herr Stadtverordneter Paulus legte dar, dass die Deutsche Glasfaser in Aussicht gestellt habe, dass die Ortsteile Rischden, Hochheid und Bocket/Panneschopp an das Glasfasernetz angeschlossen werden sollten. In Rischden und Hochheid sei mit der Verlegung angefangen worden. Fraglich sei, ob eine Verlegung in Bocket und Panneschopp auch geplant sei. Hierzu habe es bisher keine klare Aussage der Deutschen Glasfaser gegeben. Von den Einwohnern hätten sich 80 Prozent für einen Glasfaseranschluss ausgesprochen. Herr Stadtverordneter Paulus erkundigte sich, ob die Verwaltung die Deutsche Glasfaser mit Nachdruck an das letzte Gespräch und die darin getätigte Zusage der Deutschen Glasfaser zum Anschluss von Bocket und Panneschopp erinnern könne.

Herr Stadtverordneter Jansen berichtete, dass Kehrlicht häufig am Parkplatz des Waldstadions an den Bäumen abgeladen werde. Möglicherweise habe dies dazu geführt, dass der Bereich Hommer Heide bei dem Starkregenereignis Probleme mit der Entwässerung gehabt habe. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung dieser Angelegenheit nachgehen könne.

Bürgermeister Schmitz sagte zu, dass die Verwaltung sich darum kümmern werde.

Herr Stadtverordneter Thielemann fragte, ob der Zustand des verwilderten Grundstücks in der Straße „In der Au“ verbessert werden könne. Der Zaun sei beschädigt und es sei so viel Müll vorhanden, dass auch der Bürgersteig nicht passierbar sei.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Verwaltung sich damit befassen werde.

Frau Stadtverordnete vom Scheidt berichtete, dass das Kreywäldchen nach dem Unwetter abgesperrt worden sei, da Bäume gefällt werden mussten oder Äste locker gewesen seien. Die Absperrung werde momentan nicht mehr ernst genommen, sodass Menschen wieder durch das Wäldchen laufen. Frau Stadtverordnete vom Scheidt fragte, wie lange das Kreywäldchen noch abgesperrt bleibe.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter sagte zu, dass er die Information nachreichen werde, da es sich um eine Forstfläche handele, die nicht im Besitz der Stadt sei.

TOP 17 Fragestunde für Einwohner

Der Einwohner Herr Nickels erkundigte sich, warum die Tempo-30-Schilder an Schulen etwa in der Konrad-Adenauer-Straße und der Quimperléstraße regelmäßig abgedeckt würden.

Herr Erster Beigeordneter Brunen berichtete, dass die Abdeckung von Tempo-30-Schildern im Bereich von Schulen während der Ferien vor etwa zehn Jahren mit allen Straßenverkehrsbehörden des Kreises Heinsberg abgestimmt worden sei. In der Ferienzeit entfalle die Schulwegsicherung. Daher würden die Tempo-30-Schilder abgedeckt. Die Tempo-30-Zonen seien außerdem auch zeitlich auf die Dauer des Unterrichtsbetriebs an Wochentagen begrenzt. Die kreiseinheitliche Regelung werde mittlerweile jedoch von vielen Kommunen nicht mehr angewendet. Die Verwaltung werde prüfen, ob die Regelung auch in Geilenkirchen nicht mehr angewendet werden solle. Die Tempo-30-Zone im Innenstadtbereich werde nicht abgedeckt, weil diese nicht auf Grund einer Schule besteht und auch nicht zeitlich begrenzt ist.

Bürgermeister Schmitz beendete den öffentlichen Teil der Sitzung nach diesem Tagesordnungspunkt. Er dankte den Zuschauern und Vertretern der Medien für das Interesse und wünschte angenehme Sommerferien.

Sitzung endet um: 20:59

Vorsitzender

Bürgermeister Georg
Schmitz

Schriftführer/in:

Sandra Schuhmachers